

Freie Szene — Freie Kunst

Soziale Gerechtigkeit — Fair Pay

Konkrete Strukturen und Ideen für Wien

Internationales Symposium

8. und 9. April 2019

Gartenbaukino, Parkring 12, 1010 Wien

Wiens Freie Kunst- und Kulturszene ist vielfältig und international

Theater, Tanz, Performance, Bildende Kunst, Film, Musik ziehen erfolgreich Publikum an und sind in Wien, in Österreich und weltweit sichtbar.

Wo steht die Szene, wie geht es den Akteur_innen, welche Rahmenbedingungen braucht es, um ihr Potenzial weiter auszubauen und um ihnen soziale Sicherheit zu bieten?

Was bedeutet „Fair Pay“ in der Kunst und Kulturarbeit? Welche Ansätze sind realistisch und umsetzbar?

Mehr als 500 Akteur_innen und Interessierte aller Sparten der Freien Szene kamen am 8. und 9. April ins Wiener Gartenbaukino, um sich über den Status Quo der Szene(n) zu informieren, aber auch um Details über internationale Best-Practice-Beispiele zu erfahren und daraus Möglichkeiten für Wien abzuleiten.

Wir diskutierten intensiv und erarbeiteten konkrete Vorschläge für die Zukunft der Freien Szene in Wien.

Das Symposium fand auf Initiative der Stadträtin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Wien Veronica Kaup-Hasler in Kooperation mit folgenden Interessengemeinschaften bzw. Organisationen statt.

- IG Kultur Wien
- Dachverband der Filmschaffenden
- mica – music austria / Initiative der freien Musikszene Wien
- IG Bildende Kunst
- IG Autorinnen Autoren
- IG Freie Theater

**ig bildende
kunst**

dachverband
der Österreichischen Filmschaffenden



IG KULTUR WIEN

freie theater

music austria

INHALT

010 EINLEITUNG | BEGRÜSSUNG

Veronica Kaup-Hasler

Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft



011 VON DER UTOPIE DES MÖGLICHEN

Yvonne Gimpel

Geschäftsführerin der IG Kultur Österreich



011 KULTURINITIATIVEN

Irmgard Almer

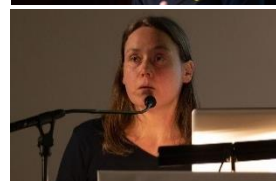
Geschäftsführerin der IG Kultur Wien: Status Quo in Wien



012 FILM | DACHVERBAND FÜR FILMSCHAFFENDE

Fabian Eder

Filmmacher, Regisseur, Kameramann und Autor: Status Quo in Wien



013 LITERATUR | WIENER KULTURPOLITIK AM EIGENEN BEISPIEL – AM BEISPIEL DER LITERATUR

Gerhard Ruiss

Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren



013 MUSIK | INITIATIVE DER FREIEN MUSIKSZENE WIEN

Sabine Reiter

Geschäftsführerin mica - music austria: Status Quo in Wien



014 BILDENDE KUNST

Vasilena Gankovska

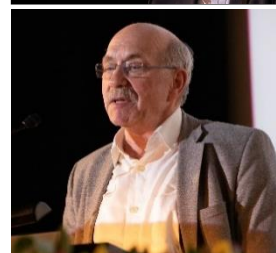
IG Bildende Kunst: Status Quo in Wien



014 DARSTELLENDENDE KUNST

Ulrike Kuner

Geschäftsführerin der IG Freie Theater: Status Quo in Wien



INHALT



KONTEXT | INTERNATIONALE BEISPIELE 015

KEY-NOTE | LABOUR OF THE ARTIST, FEMINIST PRACTICES AND TROUBLES WITH THE INFRASTRUCTURE

Bojana Kunst
Professor and director of the Institute for Applied Theatre Studies ATWs

NETZWERK FREIER BERLINER PROJEKTRÄUME – UND INITIATIVEN, BERLIN

Thomas M. Stuck
Organisatorischer Leiter, Kurator G.A.S-station und Künstler

UNI MEI – NACHHALTIGE FILMPRODUKTION UND –FÖRDERUNG: FAIR – GLEICHBERECHTIGT – SOZIAL

Johannes Studinger
Head of UNI MEI Global Union

AUSSTELLUNGSHONORARE IN BERLIN

Zoë Claire Miller
bbk - berliner bildende künstler_innen

NORWEGISCHES MINDESTHONORAR MODELL

Agnes Hvizdalek
Initiative der freien Musikszene Wien

REINVESTITIONSMODELLE

Janina Benduski
Präsidentin des Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland und
Vorstandsmitglied LAFT Berlin

PAUSENIMPRESSIONEN 016

ARBEITSGRUPPEN | Inhalte, Ergebnisse & Forderungen

KULTURINITIATIVEN	018
BILDENDE KUNST	021
DARSTELLENDEN KUNST	024
FILM	027
LITERATUR	029
MUSIK	032
SUMMARY SYMPOSIUM	034

Erwartung, Hoffnung, Intention auf noch ungewordene Möglichkeit:

›› Das ist nicht nur ein Grundzug des menschlichen Bewusstseins,
sondern konkret berichtigt und erfasst, eine Grundbestimmung
innerhalb der objektiven Wirklichkeit ‹‹

Ernst Bloch
Das Prinzip Hoffnung
Erster Band
Vorwort, S. 5

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1959, Erste Auflage 1973

INT. SYMPOSIUM 8./9.4. 2019
FREIE SZENE-FREIE KUNST
EINTRITT FREI

EINGANG



A vertical poster on the right side of the image. At the top, it features a portrait of a man in a suit. Below the portrait, the text reads 'THE OLD MAN & THE GUN' in large, bold letters. Underneath, in smaller text, it says 'EIN FILM VON DAVID LOMBARD'. At the bottom, it indicates the dates 'AB 28. MÄRZ 2019 IM GARTENBAUHAUS'.







Am 8./9. April fand auf Initiative der Stadträtin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Wien, Veronica Kaup-Hasler, und den Interessengemeinschaften der österreichischen Kunst- und Kulturszene ein erstes gemeinsames Symposium unter dem Titel

FREIE SZENE – FREIE KUNST statt.

Fachspezifisch wie auch genreübergreifend und international wurden Diskussionen zu der strukturell prekären und aktuell brisanten Situation der freien Kunst- und Kulturschaffenden in Österreich geführt und in daran anschließenden Arbeitsgruppen vertieft.

Vor allem wurden Aspekte der öffentlichen Wahrnehmung und um die Anerkennung von kultureller und künstlerischer Arbeit diskutiert, es ging um Fair Pay für die Freie Szene und deren soziale Absicherung.

Mehr als 500 Akteurinnen und Akteure verfolgten die Beiträge und nahmen am Diskurs teil.



Angestrebte Ziele der Kulturstadträtin:

- Zahlen, Daten, Fakten der Freien Szene in Wien;
- Mittelfristige Erhöhung des Kulturbudgets;
- Aus internationalen Erfahrungen lernen.



Im Rahmen ihrer Eröffnungsrede sprach die Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Veronica Kaup-Hasler, über den Status quo der freien Szene und ihr Bestreben, die Rahmenbedingungen für Kunstschaffende zu verbessern. Ein wesentlicher Punkt, um Fortschritte zu erzielen, sei die Solidarisierung aller Interessengemeinschaften, inklusive eines starken gemeinsamen medialen wie politischen Auftrittes, da sich viele Forderungen der spartenspezifischen Vertretungen letztendlich doch deckten.

Kaup-Hasler sprach den Bedarf nach substantiellen Erhöhungen der Förderungsmittel für die diversen Szenen, sowie deren Interessengemeinschaften an. Die Szene benötige eine Professionalisierung der Arbeitsbedingungen und Valorisierung der realen Arbeitsaufwände von Kunst- und Kulturschaffenden. Zukünftig solle es eine erhöhte Transparenz der Fördermechanismen und Juryentscheidungen und eine deutlichere Differenzierung von Förderverantwortung zwischen Stadt-Land-Bund geben. Darüber hinaus sprach die Stadträtin über ein institutionalisiertes Fair-Pay-Schema sowie eine damit einhergehender Mindesthonorargrenze für die jeweiligen Kunstsparten und diverse Beschäftigungsverhältnisse (Indexanpassung). Eine Evaluation von Raumzwischenutzung und Raumerhaltung

spezifisch in Wien schließt sich zu einem späteren Zeitpunkt an.

Um diesen Forderungen jedoch auch praktisch nachkommen zu können, wurde eine generelle Erhebung der Fehlbeträge durch die politischen Instrumentarien des städtischen / landesweiten / bundesweiten Kulturbüros sowie eine Erhebung des realen Arbeitsaufwandes durch die jeweiligen IGs angedacht, in deren Folge man kostengerechte Empfehlungen für Honoraruntergrenzen für alle Sparten aussprechen könne. Notwendig sei in erster Instanz hierzu die Koalitionsschließung aller Interessengemeinschaften für einen gestärkten, gemeinsamen politischen Auftritt sowie die unumgängliche statistische Bedarfserhebung, die keine Kostenwahrheit scheut.

Unterstützt von der MA7 und dem Theaterreferenten Arne Forke, der Auskunft zu einer derzeitigen Ermittlung des Fehlbedarfs als eines "realen Mehrbedarfs" im Kulturgebiet Wien gab, sprach sich Kaup-Hasler dafür aus, dass es nicht nur um Solidarität innerhalb der Szene ginge, sondern auch um die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, im jeweiligen Bereich dem ethischen Kodex nachzukommen, um einer Selbst- bzw. Kolleg_innenausbeutung vorzubeugen.

Unterstützt von der MA7 und dem Theaterreferenten Arne Forke, der Auskunft zu einer derzeitigen Ermittlung des Fehlbedarfs als eines "realen Mehrbedarfs" im Kulturgebiet Wien gab, sprach sich Kaup-Hasler dafür aus, dass es nicht nur um Solidarität innerhalb der Szene ginge, sondern auch um die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, im jeweiligen Bereich dem ethischen Kodex nachzukommen, um einer Selbst- bzw. Kolleg_innenausbeutung vorzubeugen.



Martin Baasch (Moderation) hat international große künstlerische Projekte realisiert, derzeit ist er Dramaturg am Schauspielhaus Graz.

Veronica Kaup-Hasler
Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft

Als Aufgabe der Politik wünsche sich die Kulturstadträtin in den nächsten Jahren, das Ziel umsetzen zu können, die international angestrebten 2% des jeweiligen Bruttoinlandproduktes in Kunst und Kultur zu investieren; d.h. den budgetären Anteil für Kunst und Kultur am Gesamthaushalt in Wien von dzt. 1,68% auf mind. 2% zu erhöhen.



VON DER UTOPIE DES MÖGLICHEN + KULTURINITIATIVEN | Redner

Yvonne Gimpel | IG Kultur Österreich
Irmgard Almer | IG Kultur Wien

Yvonne Gimpel sprach, unter anderem in Bezug auf den kürzlich erschienenen Bericht zur sozialen Lage von Kunstschaffenden in Österreich, eine Warnung im Hinblick auf die Zustände der Kulturbudgets und der sozialen Absicherung von Kunst – und Kulturschaffenden aus.

Sie verwies dabei nicht nur auf jüngste Daten, die belegen, dass sich in allen westeuropäischen Staaten die Kulturbudgets seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr erholt haben und

derweil lediglich vier EU-Staaten ein Prozent ihres Bruttoinlandproduktes in Kunst und Kultur investieren, sondern auch auf die weiterhin bestehende Problematik, dass Kunst und Kultur endlich politisch als Produkt von erbrachter Arbeitstätigkeit begriffen werden müsse. ■

■ Die IG Kultur Wien sprach sich, vertreten durch Irmgard Almer, für die Stärkung von dezentraler und niederschwelliger



Yvonne Gimpel Geschäftsführerin der IG Kultur Österreich



Irmgard Almer Geschäftsführerin der IG Kultur Wien



Kulturarbeit aus. Rund 40 % alle Kulturinitiativen in Österreich sind in Landeshauptstädten ansässig und leisten dort einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Nahversorgung. 2017 wurden lediglich 4,25% des Kulturbudgets für Stadtteilkultur und Interkulturalität ausgegeben.

Ähnlich prekär gestaltet sich die Arbeitssituation von Kulturarbeiter_innen, in der Regel ein Wechsel zwischen schlecht entlohnter Erwerbsarbeit und unentgeltlicher Arbeit.

Ebenso formulierte Almer die Forderung, dass Initiativenarbeit nur mit einem Raum möglich sei und es daher einen auf die Situation von KIs zugeschnittenen Förderpotopf geschaffen werden könnte. Weiters fehle prinzipiell ein Topf zur Deckung von Sanierungs- und Erhaltungskosten.



FILM | Redner

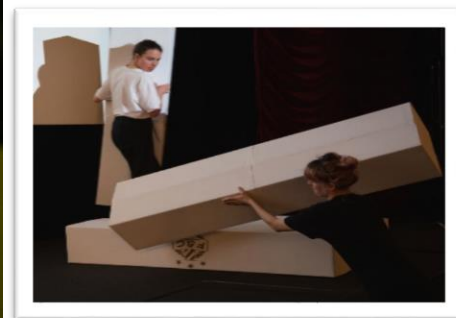
Fabian Eder | Dachverband Filmschaffende

Im Bereich Film, durch Fabian Eder vertreten, wurde vor allem die Abhängigkeit und Kodependenz der frei arbeitenden Filmschaffenden vom staatlich-rechtlichen ORF deutlich gemacht: Die Kritik war dabei am derzeitigen status quo verankert, der noch immer kein Stimm- bzw. Entsendungsrecht von Angehörigen der freien Szene im Kuratorium des ORF vorsieht. Ebenso bedürfe es der Stärkung des Filmstandorts Wien und Österreichs mithilfe eines infrastrukturellen Wiederaufbaus von

Werkstätten, Studios und Requisitenlagern, einer kommunalen, öffentlich wirksamen Streamingplattform zur Präsentation "freier Filmprojekte" und einer generellen Überarbeitung der Satzung des Filmfonds. Speziell die Drehbuchförderung sowie die Budgetposten für Musik und Ton müssten im Zuge eines Fair Pay- und Mindesthonorarkataloges zeitgemäße Beteiligungen im Sinne des Urheberrechts inkludieren.



Fabian Eder
*Filmmacher, Regisseur,
 Kameramann und Autor*



LITERATUR + MUSIK | Redner

Gerhard Ruiss | IG Autorinnen Autoren
Sabine Reiter | mica – music austria

Als Vertreter des Bereiches **Literatur** erklärte Gerhard Ruiss, dass einerseits infrastrukturelle Kulturinitiativen als Rauminitiativen verstanden werden sollten, die geschaffen und erhalten werden müssen, und andererseits Wert auf eine größere Wahrnehmung der heimischen Literaturszene gelegt werden müsse. In diesem Sinne, so Ruiss, wäre eine Entsprechung der Leipziger Buchmesse für Wien sinnvoll anzudenken. Darüber hinaus verlange die Szene aber vor allem auch eine Verdoppelung der derzeitigen Stipendien sowie eine verstärkte Verlagsförderung, vor allem für Neugründungen. ■



Gerhard Ruiss Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren



Sabine Reiter Geschäftsführerin von mica – music austria



wären zwar erste Schritte der Kulturpolitik, dennoch mangle es auch weiterhin u.a. an der Berücksichtigung des realen Arbeitsaufwandes von Musiker_innen für Konzertauftritte. Maßstäbe für das weitere Vorgehen sollten deshalb zumindest Kalkulationsformulare und Richtlinien für Auftragsarbeiten sowie die Einführung von Mindesthonoraren sein. ■



Club Fortuna Julia Rublow, Xenia Lesniewski und Sarah Sternat

Sabine Reiter betonte, dass noch ein starker Entwicklungsbedarf für die noch sehr junge Szene der freien **Musik** im Hinblick ihres erst kürzlich entstandenen Zusammenschlusses bestehe. Auch wurde beispielsweise erst in diesem Jahr, unter Leitung der neuen Kulturstadträtin, die Kompositionsförderung von € 15.000,- auf € 150.000,- angehoben. Dies



BILDENDE + DARSTELLEND KUNST | Redner

Vasilena Gankovska | IG Bildende Kunst
Ulrike Kuner | IG Freie Theater

Im Bereich **Bildende Kunst** berichtete Vasilena Gankovska, Vorstandsmitglied IG Bildende Kunst von den bereits angegangenen Werbemaßnahmen der Aktion "pay the artist now". Darin werden Mindeststandards von öffentlich geförderten Ausstellungsinstitutionen im Bereich der bildenden Kunst eingefordert. Weiterhin müsse man sich aber auch dringend darum bemühen, so Gankovska, dass die Stadt Wien nicht nur als Ausbildungsstätte gelte, sondern auch als eine Stadt, in der die Künstler_innen ihren Lebensunterhalt verdienen können. ■



Der Bereich **Darstellende Künste** wurde durch Ulrike Kuner, im Gespräch mit Janina Benduski, vertreten.

Allen voran die Gründung der European Association of Independent Performing Arts (EAIPA) fand hier Erwähnung und sollte als Beispiel einer Implementierung von politischer Wirksamkeit auf EU-Niveau dienen. Des Weiteren, so Kuner, bestehe aber immer noch eine große Herausforderung in der Förderfrage bezüglich unterschiedlicher Gebietskörperschaften (Subsidiaritätsprinzip) und mit der akuten Armutsgefährdung von Kunstschaffenden im Alter. Die zum Einreich-Jännertermin 2019 von vielen Künstler_innen eingereichte Projektbudgetierung, die sich an einem "Payment Code" orientiert (welcher wiederum in Zusammenarbeit mit der IG Freie Theater und der Wiener Perspektive Arbeitsgruppe "salary levels & payment conditions" entstanden ist), gebe in dieser Hinsicht zwar Zuversicht, aber es müsse unbedingt weiterhin an einer Anpassung der sozialen Absicherungen gearbeitet werden, die die unregelmäßigen Arbeitsverhältnisse von frei arbeitenden Kunstschaffenden berücksichtige und eine langfristig wirkende Absicherung der Akteur_innen der Freien Szene zum Ziel hat. ■



Vasilena Gankovska Vorstand der IG Bildende Kunst



Ulrike Kuner Geschäftsführerin der IG Freie Theater



Janina Benduski Präsidentin des Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland und Vorstandsmitglied LAFT Berlin



KONTEXT | Internationale Beispiele

Thomas M. Stuck | Netzwerk freier Berliner Projekträume und –initiativen

Zoë Claire Miller | BKK - berufsverband bildender künstler*innen berlin

Janina Benduski | Bundesverband Freie Darstellende Künste
Deutschland

Agnes Hvizdalek | Initiative der freien Musikszene Wien

Johannes Studinger | Vorsitzender des weltweiten Gewerkschaftsbundes
des Medien- und Unterhaltungssektors UNI MEI

Anna Mendelssohn | Künstlerische Begleitung des Symposiumsprogramms

Bojana Kunst | Professorin für angewandte Theaterwissenschaft an
der Universität Gießen

All diese spartenspezifischen Beiträge erfuhren jedoch internationale Vergleiche, dank Beiträgen des Netzwerks freier Berliner Projekträume und –initiativen, des BKK – Berliner Bildende Künstler_innen und des BFDK - Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland.

Thomas M. Stuck vom Netzwerk freier Berliner Projekträume und –initiativen illustrierte unter Bezug auf den "Arbeitskreis Raumkoordination" der Koalition der Freien Szene zum Thema Sicherung und Ausbau räumlicher Infrastruktur für künstlerisches Arbeiten (SARIKA) das stete Schwinden von Arbeits- und Ausstellungsräumen in Berlin durch den rasanten Einwohnerzuwachs. ■

Agnes Hvizdalek von der Initiative der freien Musikszene Wien berichtete vom norwegischen Mindesthonorar-Modell und verwies auf die Bedeutung des Abstands zwischen Kunst und Politik bei Förderentscheidungen. ■

Zoë Claire Miller, Vertreterin des BKK, berichtete von der erfolgreichen Adaptierung des Schwedischen Modells für Ausstellungshonore in Berlin. In Anlehnung an Thomas M. Stucks Beispiel einer Einbindung politischer Akteur_innen in dezentralen Kunstorten durch organisierte Bustouren betonte Miller dabei aber auch erneut die Relevanz von öffentlich wirksamen Medienkampagnen. ■

Janina Benduski, Präsidentin des Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland

und Vorstandsmitglied des Landesverbandes freie darstellende Künste Berlin, schloss sich derweil dem Vorschlag Thomas M. Stuck zu einem Reinvestitionsmodell für Kunst und Kultur durch eine City Tax an. ■

Gemeinsamkeiten und Differenzen auf struktureller Ebene im gesamten europäischen Raum wurden hingegen von Johannes Studinger, dem Vorsitzenden des weltweiten Gewerkschaftsbundes des Medien- und Unterhaltungssektors UNI MEI, in ein Verhältnis gesetzt. Studinger sprach hierbei vor allem die Notwendigkeit für eine Geschlechtergleichstellung im Kunst- und Kulturbetrieb an. Großbritanniens Ziel, bis 2020 eine verbindliche Quote von 50% der Arts Council Förderungen an Frauen zu vergeben, sei dabei ein anregendes Beispiel für eine gleichberechtigte Arbeitswelt in Kunst und Kultur. ■

Die künstlerische Begleitung des Symposiumsprogramms übernahmen derweil Anna Mendelssohn, der Wiener Beschwerdechord und ein Film unter dem Titel "A Portrait of the Artist as a Worker" von Ina Wudtke. Diese Beiträge näherten sich Thematiken wie der akuten Armutsgefährdung



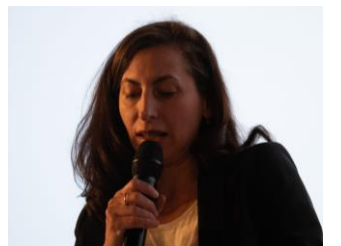
Thomas M. Stuck Netzwerk freier Berliner Projekträume und –initiativen



Johannes Studinger Vorsitzenden des weltweiten Gewerkschaftsbundes des Medien- und Unterhaltungssektors UNI MEI



Zoë Claire Miller BKK – berufsverband bildender künstler*innen berlin



Anna Mendelssohn Autorin und Schauspielerin

von Künstler_innen an, während sich die Key-Note von Bojana Kunst, Professorin für angewandte Theaterwissenschaft an der Universität Gießen, konkret mit dem infrastrukturellen Verständnis des/der Künstler_in als Arbeiter_in auseinandersetzte. ■

PAUSEN-IMPRESSSIONEN



PAUSEN-IMPRESSSIONEN



Teilnehmer_innen

Irmgard Almer		IG Kultur Wien
Alisa Beck		Olympionik*innen Produktion/ IG Kultur
Ulli Fuchs		Labor Alltagskultur
Anita Kaya		Im_flieger
Bianca Ludewig		Kulturanthropologin, Institut f. europäische Ethologie, Universität Wien
Anja Lungstraß		Österreichische Kulturdokumentation
Bruno Mokross		Independent Space Index/ Pina
Bianca Ludewig		Kulturanthropologin und Musikjournalistin
Elena Stoißer		IG KIKK
Shilla Strelka		Struma+Iodine/ mica-music austria
Thomas M. Stuck		Netzwerk freier Berliner Projekträume und-initiativen/ G.A.S.-station Berlin
Martin Wagner		fluc+fluc_wanne

Einleitung

Die IG Kultur Wien agiert als 1999 gegründete Interessengemeinschaft Kultur Wien prinzipiell als Vertretung von Kulturschaffenden in Wien. Dementsprechend hat sich die Arbeitsgruppe bei der Beleuchtung der finanziellen Situation von Kulturinitiativenarbeit nicht nur mit Honorarrichtlinien auseinandergesetzt, sondern auch die prekäre Raum- und Produktionsbedingungen von Kulturarbeit in Wien miteinbezogen.

Anhand der Vorstellung der geladenen Vertreter_innen von Kultur- bzw. Kunstinitiativen wurde sichtbar, dass die aktuelle Förderstrukturen in der Regel nur Ansuchen innerhalb bestimmter, abgegrenzter Sparten erlaubt (hier beispielhaft Stadtteilkultur, Darstellende Kunst, Bildende Kunst, und Musik) Aufgrund der jedoch i.d.R. spartenübergreifenden/interdisziplinären Tätigkeit der Initiative ist es oft schwer zu Förderungen zu kommen, die den Anforderungen von Kultur- bzw. Kunstinitiativenarbeit gerecht werden. Es fehlt ein spartenunabhängiger, auf diese Zielgruppe zugeschnittener Raum/Kulturinitiativentopf, wie es ihn beispielsweise auf Bundesebene gibt.

Die Aufrechterhaltung eines Jahresbetrieb ist i.d.R. durch folgende Kostenstellen grob charakterisiert: Raummiete/Betriebskosten (Infrastruktur), Personalkosten (Administration) und Programmkosten. Diese Kosten können i.d.R. durch Jahresförderungen aber immer nur teilweise abgedeckt werden. Ausnahmen sind ausschließlich über jahrzehnte lang etablierte Initiativen, d.h. durch ihre Jahresförderung sind alle Kostenstellen abgedeckt. Da Raum erhalten werden muss, werden primär Miet/Betriebskosten durch die Förderung abgedeckt. Personal für den Betrieb des Raumes und Programmkosten je nach Verfügbarkeit der restlichen Fördermittel bzw durch Eintritte, Mitgliedsbeiträge oder Spenden. Die Arbeit in beiden Bereichen/Kostenstellen findet i.d.R. unter prekären Bedingungen statt. Meist sparen die Betreiber_innen dabei aber bei sich selbst, indem keine oder kaum Honorare bzw Funktionsgebühren ausbezahlt werden. Anstellungsverhältnisse sind nicht die Regel.



Erschwerend kommt hinzu, dass Räume auch manchmal saniert werden müssen bzw durch Auflagen der Behörden unvorhersehbare Baumaßnahmen anstehen können. I.d.R. stellen diese zusätzlichen, meist hohen Kosten die Initiativen vor oft existenzbedrohende Probleme. Hier fehlt in der Stadt Wien ein spartenübergreifender Fördertopf für Bau- und Investitionsmaßnahmen der Räume.

Alternativ arbeiten KIs aber auch nur mit Projekt- bzw. ausschließlicher Programmförderung(en). Das passiert dann, wenn sie entweder keine Jahreförderung sondern nur Projektförderung erhalten, was kontinuierliches Arbeiten erschwert und nicht zwingend kostendeckend ist.

Oder wenn sie nur Programmförderung bekommen, dadurch können zwar Künstler_innen bezahlt werden, laufende Personalkosten (wenn die KI ausschließlich als

Veranstalter_in agiert) und Raumkosten werden durch diese Förderung aber nicht abgedeckt. Die Kosten werden dabei teils durch kommerziellere Veranstaltungen querfinanziert, das Risiko negativ auszusteigen bleibt trotzdem, der Kommerzialisierungsdruck ebenso. Die Diversität des Angebotes sinkt.

Internationaler Vergleich: Berlin

Thomas M. Stuck trug neben seinem Vortrag noch mit weiteren Einzelheiten zur Situation der Kulturinitiativen in Berlin während der Arbeitsgruppe bei: Die vorerst prekäre und teils selbstausbeutende Situation der Projekträume und Kulturinitiativen in Berlin, die inzwischen ca. 130 Räume und Initiativen umfasst, wurde dank ehrenamtlicher Tätigkeiten, Quersubventionen und intensiver Gespräche mit der Senatsverwaltung solange getragen, bis dass die vereinten Initiativen als Netzwerk einen Förderpreis erhielten. Als Ausgangspunkt gilt seitdem die Erfassung der tatsächlichen langfristigen Raumnutzung (derzeit nur ca. 30 von 130 Initiativen), eine dementsprechende Gegenmaßnahme zur Raumfindung durch das Raumentwicklungsprogramm der Koalition der freien Szene sowie die Distribution von Fördersummen für Räume ohne sparten- oder größenspezifische Diskriminierung. Desweiteren wird eingefordert in Zukunft die Gelder für die Szene im Netzwerk basisdemokratische selbst zu verwalten, eine Basisförderung einzurichten und die Empfehlungen für Ausstellungshonorare unter Forderung eines gesonderten Förderschemas für Ausstellungshonorare garantieren zu können.

FORDERUNGEN

1. Es braucht auf **allen Förderebenen gesonderte Förderinstrumente für Kulturinitiativen**. In dieser Hinsicht bedarf es auch auf den administrativen Ebenen (des Bundes), des Landes bzw. der Stadt jeweils eines gesonderten Ressorts für Kulturinitiativen, da Kulturinitiativen an der Schnittstelle zwischen Basisarbeit und Soziokultur agieren.
2. Es braucht **vermehrte Strukturförderungen**. Hierzu verlangt es nach Förderinstrumenten, die auf städtischer Ebene wie auch auf Bundesebene speziell die Infrastruktur und Administration von Kulturinitiativen, die raumbasiert und spartenunabhängig arbeiten, fördern. Jahresförderungen wären hierzu die sinnvollste Lösung, da sie die Grundversorgung von solchen Institutionen garantieren können (dazu gehören: Raummiete, Erhaltungskosten, Anschaffungskosten, Veranstaltungskosten, Dienstleistungskosten, Organisationskosten und Personalkosten, Programmierung, etc.) und eine langfristige Planung und Nutzung ermöglichen. Sollte eine KI eine jährliche Programmförderung aus einem anderen Ressort erhalten, dann ist dies bei der jährlichen Strukturförderung zu berücksichtigen.
3. Es braucht ein **spartenübergreifenden Fördertopf für Bau- und Investitionsmaßnahmen**. Um damit notwendige bzw behördlich vorgeschriebene bauliche Maßnahmen durchführen zu können, um damit den Erhalt des Raums zu garantieren.

4. Es braucht **Transparenz bei der Vergabe und Einbeziehung von Interessenvertretungen bei Erstellung von Auswahlkriterien von Förderungen und Bestellung von Beiräten**. Erste beispielhafte Schritte hierfür zeigt die MA7 im Förderbereich Musik. Solche Best-Practice-Modelle sollten einen Austausch unter den verschiedenen Förderstellen/-sparten/-instrumenten erfahren.

5. Es braucht **Mindestgrenze für Honorare bzw Gehältern**. Projekt- und Jahresförderungen müssen den Fair-Pay-Anforderungen genügen, damit das Kernpersonal sowie alle weiteren Beteiligten und Gastveranstalter_innen angemessen vergütet werden und ein Selbst- und Kolleg_innenausbeutung entgegengewirkt wird. Vgl. Hierzu das Fair-Payschema der IG Kultur Österreich und die Honorarrichtlinien der TKI-Tiroler Kulturinitiativen

6. Es braucht dringend einer Anpassung der gängigen **Pensionsvorsorge** an die üblichen freien und unregelmäßigen Arbeitsverhältnisse von Kulturschaffenden.

7. Es braucht eine **Anerkennung der kommerzunabhängigen und nicht an Profit interessierten Arbeitsweise**. Förderungen können nicht aufgrund von Parametern des direkten Erfolgsverzeichnens erfolgen, sondern müssen dem zunehmenden Kommerzialisierungsdruck entgegenwirken.

8. Es braucht **transparente und faire Raumnutzungsvereinbarungen zwischen Raumbetreiber_innen und Veranstalter_innen**. Ein Konkurrenzgedanke darf sich nicht weiter im Kultursektor ausbreiten, da er nur zur Abhängigkeit der Veranstalter_innen untereinander bzw. zu einem gegenseitigen Beschneiden von Raumnutzung und Überwälzung von Kosten führt.



Teilnehmer_innen

Ingeborg Erhart		Tiroler Künstler*innenschaft
Ernst Logar		Landeskulturbeirat Kärnten
Nataša Mackuljak		ehem Leiterin der Wienwoche
Zoë Claire Miller		BBK* Berlin
Andreas Reiter Raabe		Secession
Stefan Reiterer		New Jörg Wien
Tim Voss		Künstlerhaus
Jannik Franzen		IG Bildende Kunst, Moderation
Vasilena Gankovska		IG Bildende Kunst

In der Diskussionsrunde wurden zu Beginn zwei konkrete Beispiele besprochen.

Als "Best Practice"- Beispiel könnte die Wiener Secession angeführt werden. Hier handelt es sich um eine Institution, die ausschließlich von Künstler_innen geleitet wird und ihre Kosten zu 60% selbst deckt. Die Besonderheit zu anderen Institutionen ist, dass Künstler_innen, die dazu eingeladen werden auszustellen, ein Ausstellungshonorar in der Höhe von € 1.000,- bekommen. Der Betrag ist dabei unabhängig von der Bekanntheit des_r Künstler_in und dem Ausstellungsraum. Es wird Wert daraufgelegt, nicht hierarchisch zu stufen. Hinzu kommen Produktions-, Transport- und andere Kosten. Die Secession könnte somit als ein Beispiel dienen, dass ein Budget, das Ausstellungs- bzw. Künstler_innenhonorare vorsieht, auch erfolgreich umgesetzt werden kann. Sollte man daher über ein Fair-Pay-Label für Institutionen nachdenken?

Anhand des Festivals Wienwoche wurde ein Dilemma sichtbar. Für die Wienwoche bewerben sich im Schnitt 250 Künstler_innen und Gruppen. Bei einem beschränkten Budget muss natürlich eine Auswahl getroffen werden. Festivals dieser Art sind für bildende Künstler_innen aber enorm wichtig, nicht zuletzt für die eigene Sichtbarkeit. Um diesen Umstand wissen auch die Festivalbetreiber_innen. Das Dilemma, vor dem diese dann stehen, ist Folgendes: Wählt man nur einige wenige aus und stellt diesen dann ein angemessenes Budget zur Verfügung? Oder zeigt man ein breites Spektrum an Arbeiten und opfert dafür gerechte Entlohnung? Und wie kann man das auf Kollektive anwenden?

Für die Wienwoche wurde versucht dieses Dilemma mit der Einrichtung von Arbeitsgruppen zu lösen. Dort wurden unterschiedliche Fragen auch zur Bezahlung und Finanzierung der einzelnen Projekte besprochen. Das Problem besteht aber weiterhin. Von einer zufriedenstellenden Lösung kann nicht gesprochen werden. Das budgetäre Problem ist ein strukturelles.

Internationaler Vergleich: Berlin

Zoë Claire Miller des BKK – berufsverband bildender künstler*innen berlin stellte die Einrichtung eines Fonds für Ausstellungshonorare in Berlin vor, welches nicht an das Urheberrecht, sondern an das Eigentumsrecht gebunden ist. D.h. Honorare werden bei diesem Modell lediglich an Künstler_innen für Werke gezahlt, die ihnen selbst gehören und die sie für eine Ausstellung zu Verfügung stellen. Ein Rechtsanspruch ergibt sich somit erst dann, wenn zwischen Aussteller_innen und Künstler_innen ein entsprechender Vertrag geschlossen ist.

Seit Januar 2018 entspricht diese Regelung in Berlin folgender Honorarstaffelung (wobei die Honorare immer als Mindesthonorare zu verstehen sind):

- € 1.500,- je Teilnehmer_in an einer Einzelausstellung - für ein bis zwei Beteiligte
- je € 500,- an kleineren Gruppenausstellungen - bis zu neun Beteiligte
- und je € 250,- für mehr als zehn Beteiligte

Ein anderes Vergütungsmodell wäre hingegen die "Ausstellungsvergütung". Diese würde unter die gesetzlich geregelten Vergütungsansprüche des Urheberrechtes fallen, d.h. Aussteller_innen müssten für jede Nutzung eines noch nicht gemeinfreien Werkes (in Deutschland: 70 Jahre nach dem Tode der Urheber_innen) in einer öffentlichen Ausstellung entweder an Urheber_innen, Erben oder aber an eine Verwertungsgesellschaft (z.B. auch als Pauschalbetrag) eine Vergütung zahlen.

FORDERUNGEN

1. Eine Definition von künstlerischer Arbeit als Arbeit (im Sinne einer Gleichstellung mit Lohnarbeit und Unternehmer_innentum) ist notwendig, um Anerkennung zu erfahren bzw. eine politische Argumentationsgrundlage zu schaffen.
2. Für künstlerische Arbeit wird eine Bezahlung unabhängig vom Produkt/Werk im Sinne eines Ausstellungshonorars, bzw. Künstler_innenhonorars gefordert. Vorstellbar ist ein Mindestsatz, kombiniert mit einer prozentualen Gesamtbeteiligung am Budget, die dann greift, wenn durch sie der Mindeststandard überschritten wird. Die Förderhöhe für kleinere Projekte, die diesen Mindeststandard sonst nicht einhalten könnten, wird dementsprechend erhöht. Die Festlegung der Mindeststandards soll sich nach einem egalitären Prinzip richten. Staffelungen der Honorare sollten abhängig von der Dauer der Ausstellung/des Projekts erfolgen.
3. Transparenz der Budgets auf institutioneller Ebene. Faire Bezahlung ist nur unter dieser Bedingung möglich. Eine Offenlegung der Budgets von Institutionen, die hohe Förderungen von der Stadt Wien bekommen, würde Klarheit verschaffen, wofür das Geld ausgegeben wird. Umgekehrt würde dies auch den Künstler_innen helfen, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass sie für ihre Arbeit entsprechende Bezahlung einfordern und auch in ihre Projektkosten einrechnen und dermaßen Selbstausbeutung vorbeugen.
4. Förderanträgen sollte ein Informationsblatt für die Antragsteller_innen beigefügt werden, in dem Honorarempfehlungen aufgeschlüsselt werden. Zum einen können dadurch Budgets realistischer kalkuliert werden, auf der anderen Seite wird dadurch auch die Haltung kultiviert, dass es selbstverständlich dazu gehört, dass die Künstler_innen zusätzlich zu den Produktionskosten auch für ihre Arbeit bezahlt werden.

VORGEHEN

1. Ein Kombinationsmodell aus prozentualer Anteilhabe am Gesamtbudget (Jahres- oder Projektbudgets) einer Kunstinstitution/Kunsteinrichtung und einem Mindesthonorarsatz.
2. Die Frage muss geklärt werden, ob es für die Honorare, ähnlich wie beim Berliner Modell, einen eigenen Fördertopf geben muss oder, ob dieser Posten Teil des laufenden Budgets werden soll, dass dann entsprechend erhöht wird. (Woher kommt das Geld? Tourismus zusätzlich besteuern? Aus der Lotterie abschöpfen?)

3. Aufklärungsarbeit betreiben: Unterschied zwischen Künstler_innenhonorar und Ausstellungshonorar. Begriffe müssen geklärt und erklärt werden.
4. Budgettransparenz, die Entscheidungen nachvollziehbar macht, warum es zu gewissen Entscheidungen kommt.
5. Die Stadt Wien sollte ein Gremium einrichten, in dem Vertreter_innen aus allen beteiligten Gruppen vorkommen (Behörden, Interessensvertretungen, Künstler_innen, Vertreter_innen verschiedener Kunstinstitutionen und Räume, Politiker_innen, Finanzexperten_innen, MA7) um Richtlinien für Ausstellungs- bzw. Künstler_innenhonorare zu erarbeiten.



Teilnehmer_innen

Harald Posch		Regisseur, Künstlerischer Leiter Werk X
Julia Haas		Produktion makemake
Alexander Gottfarb		Tänzer und Choreograph, Vertreter Wiener Perspektive
Claudia Seigmann		Regisseurin, Schauspielerin und Produzentin, Obfrau IG Freie Theater
Miriam Stängl		Bühnen- und Kostümbildnerin
Kristine Tornquist		Autorin, Regisseurin und Gründerin Sirene Operntheater
Denise Teutsch-Zumtobel		Stadt Innsbruck Magistratsabteilung Kultur
Erwin Leder		Younion - Vorsitzender der Fachgruppe Freiberufliche Schauspieler_innen und Sprecher_innen
Richard Schweitzer		Geschäftsführung brut Wien
Robert Dressler		Referatsleiter MA7 – Darstellende Kunst
Ulrike Kuner		Geschäftsführerin IG Freie Theater / EAIPA
Brigitte Winkler-Komar		Abteilungsleiterin Musik und darstellende Kunst Bundeskanzleramt
Arne Forke		Theaterreferent Stadt Wien
Julia Kronenberg		IG Freie Theater

Einleitung

Die Freie Szene der Darstellenden Kunst in Österreich umfasst derzeit ca. 4.000 geförderte Künstler_innen pro Jahr, was ca. 6.000 Akteur_innen bedeutet (Künstler_innen, Produktion, Bühne, Musik etc.). Insgesamt wird von ca. 20.000 Aktiven in Österreich ausgegangen, welche altersmäßig eine ganze Generation umspannen und zwischen 25 und 70 Jahre alt sind. Davon sind ca. 70% Frauen. Die durchschnittlichen Brutto-Jahresumsätze eine_s Künstler_in aus künstlerischer Arbeit und Unterrichtstätigkeit betragen € 15 - 24.000 bei ca. 25 - 30 Beschäftigungswochen. Die Zahl der Akteur_innen steigt, nicht zuletzt dadurch, dass in ganz Österreich Ausbildungsstätten etabliert wurden, die auch international große Aufmerksamkeit genießen und für Studierende aus aller Welt attraktiv sind.



Im Austausch mit der IG Freie Theater, Vertreter_innen der Arbeitsgruppen "Geld" der Geschäftsführer_innen der 14 Klein- und Mittelbühnen sowie der Arbeitsgruppe "salary levels & working conditions" der Wiener Perspektive konnten Grundsätze eines Payment Code diskutiert werden, der indexal und stufenweise Empfehlungen für Gagen und Lohnniveaus, abhängig nach Arbeitsjahren und Qualifikation, geben kann. Denn die soziale Absicherung professionell arbeitender darstellender Künstler_innen muss – sofern eine Förderung durch die öffentliche Hand erfolgt – gewährleistet sein. Dies betrifft das durchschnittliche Jahreseinkommen des_r einzelnen Künstler_in, das Familieneinkommen sowie eine Absicherung in der Pension. Eine Vollzeitbeschäftigung in der Freien Szene über das gesamte Jahr ist derzeit – entsprechend der gängigen Praxis - noch immer nicht möglich; der durchschnittliche

Jahresumsatz einer Künstlerin / eines Künstlers entspricht jedoch in etwa der Hälfte der jährlich anfallenden Kosten eines durchschnittlichen Angestelltenverhältnisses in Österreich.

Internationaler Vergleich: Deutschland

In Deutschland wurden erste Schritte zur Umsetzung von Honoraruntergrenzen bereits 2008 diskutiert und die ersten Empfehlungen 2015 vom Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland formuliert (derzeitige Untergrenzen: € 2.490 monatl. mit KSK Versicherung bzw. € 2.875 monatl. ohne KSK Versicherung). Grundlage der Berechnungsmodelle waren hierfür der reale Bedarf und eine Orientierung an den Tarifverträgen von Anstellungen an den Bühnen. In Berlin ergab das hochgerechnet auf die empfohlenen Projekte einen Fehlbedarf von 3 Millionen Euro. Mit der Gründung der Koalition der Freien Szene Berlin und der damit einhergegangenen erhöhten Sichtbarkeit und medienwirksamen politischen Kommunikationsstrategien hat seitdem die Förderung in Berlin eine Erhöhung um 2,5 Millionen Euro erlebt. Der Vorteil einer Orientierung der Honoraruntergrenzen an den Tarifverträgen sorgt dabei aber auch weiterhin dafür, dass die Honoraruntergrenzen bei Valorisierung der Tarifverträge ebenfalls erhöht werden. Inzwischen ist in Berlin ebenso ein Förderungsapparat zur "Fehlbedarfsfinanzierung" eingeführt worden, der die Projektförderungen im Zweifelsfall bis zu 100% abdecken kann.

Janina Benduski, Präsidentin des Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland und Vorstandsmitglied LAFT Berlin, stellte hierbei jedoch vor allem die Eigenverpflichtung der Künstler_innen in den Vordergrund, da es verschiedene Wege zur Umsetzung der Honoraruntergrenzen gebe: Eine Einführung von Untergrenzen erst in dem Moment, da die budgetären Mittel bereits von der städtischen bzw. Landes-/Bundesförderung erhöht worden sind, oder eine unmittelbare Umsetzung wie z.B. in Hamburg, die zwar kurzfristig droht, zu einer eklatanten Verringerung der Anzahl der geförderten Projekte zu führen, jedoch langfristig eine Erhöhung der Mittel aufgrund des offensichtlich gewordenen Fehlbedarfs erzwingen will.

FORDERUNGEN

Voraussetzungen sind eine entsprechende Anhebung der Fördergelder für Projekt-, 1 und 2 Jahres- sowie der sog. Konzeptförderung. Eine Umsetzung darf nicht zu einer Verringerung der geförderten Projekte und zu einer Ausdünnung der Szene führen. Als Richtwert kann die derzeitige Förderquote von ca. 20% dienen, die mindestens einzuhalten ist. Lt. Jurykommentar zum Einreichermin 15.1.2019 ist auch diesem Fachbeirat die Vielfalt der Szene ein großes Anliegen; außerdem wird ausgeführt, dass allein aufgrund künstlerischer Kriterien ca. ein Drittel mehr Anträge als förderungswürdig eingestuft wurden, welche aber aufgrund der budgetären Situation nicht beachtet werden konnten.

1. Die Einführung einer **Empfehlung von Honoraruntergrenzen / Honorarkriterien**, um eine faire Bezahlung der Akteur_innen zu ermöglichen.
2. Die Förderung/Kalkulation soll gagengebunden aufscheinen und Fördermittel der öffentlichen Hand sollen nur unter ethisch vertretbaren Standards eingesetzt werden.
3. Die HN-Untergrenzen sollen in Abstimmung mit den Künstler_innen, der IG Freie Theater und der Stadt Wien als erstverantwortliche Fördergeber_in und den Veranstalter_innen ausgearbeitet werden.

Erste Ergebnisse der IG Freie Theater und der Wiener Perspektive liegen vor:

- 3.1. **Umfang / Probenwoche:** 5 Tage Proben à 6 - 8 h (6 h bei Tänzer_innen / Performer_innen, damit sind Trainingszeiten mit abgedeckt)

Gehalt / Abgeltung pro Monat:

- nicht unter € 2.650 brutto pro Monat bei Anstellung (= € 3.450 Gesamtkosten), Berechnung auf 12 Monatsgehälter.

- € 3.450 pro Monat bei Selbständigkeit.
- In beiden Fällen bedeutet dies ein brutto-brutto von € 165 pro Tag.

Anmerkung: Die Anstellung ermöglicht selbstverständlich Zugang zu damit einhergehenden Leistungen wie Arbeitslosenversicherung und Pensionsvorsorge.

3.2. **Vorstellungshonorar:** mind. € 250,-

3.3. **Arbeitsformen:**

- entsprechend der derzeit geltenden Rechtslage:
weisungsgebunden = angestellt
nicht weisungsgebunden = selbständig / Werkvertrag
- Eine Alternative – etwa durch den Ausbau des KSVF – wird angestrebt, stellt aber einen längerfristigen Diskussions- und Ausarbeitungsprozess dar. Horizont: 2025.

3.4. **Kalkulationsformular NEU**

Der Antragsprozess und die Kalkulation erfordern eine neue Transparenz. Das Antragsformular der MA 7 wird um eine detaillierte Personalbudgetierung ergänzt. Eine entsprechende Vorlage wurde von der IG Freie Theater bereits erstellt und wird an die entsprechenden Stellen übermittelt.

Dieses **Kalkulationsformular NEU** bildet die Vielzahl der Möglichkeiten einer gagengebundenen Projekt- und Mehrjahresförderung ab und unterstützt die Künstler_innen bei der Planung und Strukturierung des Proben- und Arbeitsprozesses.

Dieses praktische Tool ermöglicht Planungstransparenz auf allen Seiten.

4. Eine Valorisierung (automat. Indexanpassung der Budgets für die Freie Szene) muss erfolgen, allerdings mit strikten Obergrenzen – etwa bei Direktoren-; Geschäftsführer_innen- und Administrationsgehältern.
5. Der Mitteleinsatz muss transparent gemacht werden, ein fixer Prozentsatz der Förderung muss mindestens für Künstler_innenhonorare verwendet werden.
6. Auch festangestellte Künstler_innen bzw. Akteur_innen benötigen ein fixes Minimum-Einstiegsgehalt
7. Neue Förderformate müssen entwickelt werden, die auch die nicht-produzierende Zeit bzw. Arbeitsstipendien, künstlerischer Research etc. berücksichtigen.
8. Eine (Projekt)Förderung kann auch eine 100%ige Fehlbedarfsfinanzierung zum Gegenstand haben. Damit kann eine Honoraruntergrenze eingehalten werden.

VORGEHEN

- Abgleich mit Grundsatzforderungen der anderen Sparten der Freien Szene
- Breite Kommunikationsarbeit mit den verantwortlichen Politiker_innen und Gemeinderäten in Abstimmung mit den anderen IGs
- Weitere Ausarbeitung der HN-Untergrenzen und -staffelung durch IG Freie Theater und Wiener Perspektive; in einem weiteren Schritt auch Einbeziehung der Veranstalter_innen im Feld
- Ausarbeitung und Abgleich des finanziellen Zusatzbedarfs durch Stadt Wien / Kultur und Eigenberechnungen IGFT (jeweils in Absprache)
- **Pilotprojekt ab 2020 bzw. ab dem Zeitpunkt einer Erhöhung des Budgets für Projekt- 1- und 2-Jahresförderung:** Stufenweise Umsetzung der HN-Kriterien (entsprechender Plan; wird gemeinsam mit Stadt Wien / Kultur ausgearbeitet); zunächst für Projekt- und 1-2 Jahresförderanträge; dementsprechend auch Anwendung der Kalkulationsvorlage NEU.

Teilnehmer_innen

Dr.in Maria Anna Kollmann		Dachverband der Filmschaffenden
Prof. Mag. Kurt Brazda		Kamera & Regie
Theresa Kotyk		Regie
Katja Wiederspahn		Fair Festival Work Now
Monika Buttinger		Kostümbildnerin
Agnes Pluch		Drehbuchautorin
Ulrich Dallinger		Komposition & Sounddesign
Johannes Studinger		Vorsitzender des weltweiten Gewerkschaftsbundes des Medien- und Unterhaltungssektors UNI-MEI

Einleitung

Unter Beteiligung aller Genres der Filmproduktion (Regie/Kamera/Festival/Drehbuch/Kostüm/Musik) wurden drei wesentliche Problempunkte vorgebracht und nach kurzer Diskussion einem Forderungskatalog mit drei Themenschwerpunkten zugeordnet.

Eine externe Sichtweise, sowie bereits erfolgreich umgesetzte Beispiele im Ausland bzw. auf europäischer Ebene brachte Hr. Studinger (UNI-MEI) ein.

FORDERUNGEN

Förderungen

1. Erhöhung der Budgets beider Förderstellen (MA7 und FFW/Film Fonds Wien)
2. Bedarfserhebung durch Stadt Wien (wegen Deckelung MA7)
3. Wieviel Geld wäre notwendig? (für Filmfestivals wurde in der Studie des FÖFF 2016 bereits ein Mehrbedarf von € 1,5 Mio. erhoben)
4. Kostenwahrheit (keine Vermischung Equipment mit Honoraren)
5. Mindesthonorarkatalog (MA7 gemeinsam mit IGs erarbeiten) - FAIR PAY
6. Transparenz (was, warum gefördert wird bzw. auch nicht)
7. ORF-Förderungen ohne Jury-Vorlage (z.B. für Serien) - Evaluierung der letzten 10 Jahre
8. Entsendungsrecht in alle Gremien (Satzung des FFW überarbeiten)
9. Reine Drehbuchförderung nicht vorhanden - unabhängige Entwicklungsmöglichkeit nötig (Auf EU-Ebene bereits vorhanden)
10. Einreichung vereinfachen und vereinheitlichen

Fair Pay

1. Urheberrechtsrichtlinie soll national auf hohem Niveau umgesetzt werden
2. Angleichung Honorare (Angestellte/Selbstständige), verbindlichen Honorarkatalog mit der Stadt Wien und den IGs für selbständig tätige Filmschaffende erstellen
3. Abschaffung „Gender Pay Gap“
4. Entwicklungsphase für Drehbücher besser dotieren
5. Budget für Ton (Forderung 10% vom Projektbudget)
6. Mindeststundensatz für Festivalarbeiter_innen (€ 10,-/Std.), Mitbestimmung: verbindliche Einrichtung von Betriebsräten bzw. betriebsratsähnlichen Vertretungen der Festivalarbeiter_innen bei allen Filmfestivals ab einer Größe von sieben Beschäftigten - sowie Entsendung einer Team-Sprecherin bzw. eines -sprechers in das Kuratorium oder den Vorstand des Festivals

Infrastruktur

1. Revitalisierung der Infrastruktur der Filmindustrie in Wien (Requisitenlager/Werkstätten/Kostümhäuser/Studios)
2. Schaffung von Anreizmodellen für Standort Wien und Österreich um das Abwandern von Co-Produktionen nach Prag und Ungarn zu verhindern.
3. ORF: Unterstützung der Forderungen der Filmbranche; Evaluierung der Arbeitsbedingungen im Landesstudio Wien (Stichwort: 1-Mann-Teams)
4. Aus- & Weiterbildung für Filmschaffende in Wien
5. Kommunale Streaming-Plattform (z.B.: alle von MA7 geförderten Filme)



Teilnehmer_innen

Barbara Rieger		Leiterin BÖS – Berufsverband österreichischer Schreibpädagoginnen und Schreibpädagogen
Verena Müller		Programmleiterin Buch Wien
Hahnrei Wolf Käfer		Vorstand Erstes Wiener Lesetheater und zweites Stegreiftheater
Petra Ganglbauer		Präsidentin Grazer Autorinnen Autorenversammlung
Gerhard Ruiss		Geschäftsführer IG Autorinnen Autoren
Brigitte Rapp		Geschäftsführerin IG Übersetzerinnen Übersetzer
Walter Famler		Generalsekretär Kunstverein Wien / Alte Schmiede / Literarisches Quartier
Robert Huez		Geschäftsführer Literaturhaus Wien
Manfred Müller		Geschäftsführer Österreichische Gesellschaft für Literatur
Helmuth A. Niederle		Präsident Österreichischer PEN-Club
Marianne Gruber		Präsidentin Österreichischer SchriftstellerInnenverband
Fritz Ostermayer		Künstlerischer Leiter Schule für Dichtung
Christa Stippinger		Geschäftsführerin Verein und Edition Exil
Bernhard Studlar		künstlerischer Leiter Wiener Wortstätten

Einleitung

Im Folgenden hat sich eine Expert_innenrunde der größten Vertretungen und Einrichtungen auf ihrem jeweiligen Tätigkeitsgebiet in der Literatur in Österreich mit dem Handlungsbedarf im literarischen Sektor befasst. Es ist eine umfangreiche Liste an Ansprüchen daraus hervorgegangen, die die unterzeichnenden Vertretungen und Einrichtungen nunmehr an die zuständigen Stellen in der Stadt Wien richten.

FORDERUNGEN

Förderungspolitik

1. Erarbeitung und Umsetzung eines Wiener Kunst- und Kulturförderungsgesetzes, inklusive nach innen und außen gleich wirksamer Förderungsrichtlinien
2. Mehr Sichtbarkeit von Literatur im Stadtbild (Beispiel Leipziger Buchmesse)
3. Einrichtung und Dotierung eines unabhängigen Projektfonds (eine Investitions-Million jährlich für die Literatur für die nächsten 3 Jahre)
4. Kein Ausweichen in die Spektakelkultur auf Kosten der Ganzjahrestätigkeit und wiederkehrender Tätigkeiten

Budget

5. Mehr Geld, jedenfalls nicht ständig weniger, d.h. Valorisierungen als Mindestfordernis (die meisten Einrichtungen erhalten seit 1999 gleichbleibende Förderungen)
6. Keine neue Maßnahme darf auf Kosten bisheriger Budgets gehen
7. Mehrjahresförderungen und Mehrjahresverträge (Planungssicherheit)
8. Stärkere und bessere Durchdringung von Wien- und Bundesförderungen
9. Erweiterung der Förderung dramatischer Literatur über die Dramatikstipendien hinaus sowie ein eigener Fördertopf für Drehbuch
10. Ein eigener Ansatz für Literaturvermittlungstätigkeiten mit besonderer Berücksichtigung nicht-marktgängiger literarischer Gattungen

Förderungsverwaltung

11. Mehr Transparenz in der Förderungsverwaltung und bei den Zuständigkeiten
12. Keine Vorschriften über Budgethöhen, die eingereicht werden dürfen
13. Verwaltungsvereinfachungen bei der Einreichung und Abrechnung, vor allem bei Bagatellbeträgen
14. Budgetabweichungen müssen möglich sein und sollen nicht jedes Mal neu im Gemeinderat behandelt werden müssen
15. Generelle Anerkennung von Bilanzlegungen bei der Abrechnung
16. Aussagekräftigere Förderungsnachweise, welche Mittel tatsächlich für Literatur ausgegeben und nicht nur unter Literatur ausgewiesen werden

Fördermaßnahmen

17. Ergänzungen der Literatur-Stipendien um Nachwuchsstipendien und der literarischen Übersetzer_innenstipendien um Startstipendien, Verdopplung der Zahl der Jahresstipendien
18. Anhebung der Dotation des Kulturpreises der Stadt Wien für Literatur und Beibehaltung von Preisverleihungsveranstaltungen
19. Wiener Verlagsförderung (z.B. Startförderungen für Neugründungen oder Einbeziehung von Bühnenverlagen), die insbesondere berücksichtigt, was von der Bundes-Verlagsförderung nicht geleistet oder eingelöst werden kann
20. Die Frei-Abos für Kunst- und Kulturzeitschriften müssen erhalten bleiben, sowie deren Präsenz an realen Orten
21. Ausbau der literarischen Übersetzer_innenförderung und internationaler Austausch (Städte-Partnerschaften) sowie von Stück (Drehbuch-/Treatment)-Übersetzungen ins Englische und Französische, oder aus einer Fremdsprache ins Deutsche (z.B. für hiesige mehrsprachige Projekte oder internationale Projekteinreichungen)
22. Förderung von spartenbezogenen und spartenübergreifenden kurz- und längerfristigen Projekten ohne Vereinszugehörigkeit
23. Einrichtung eines Innovationstopfes für unterjährig kleinere Projekte
24. Einbeziehung von Autor_innentantiemen bei Lesetheaterraufführungen für gespielte Gegenwartsautor_innen

Infrastruktur

25. Wohnraum in Wien für Residences, sowohl mittel- und längerfristige, für bedrohte und verfolgte Autorinnen und Autoren als auch kurzfristige für Übersetzer_innen österreichischer Literatur sowie für Wissenschaftler_innen zur Ermöglichung von kurzen Forschungs- und Rechercheaufenthalten
26. Offene Räume für Literatur (Leerstandserhebung) zu Veranstaltungszwecken



Autor_innenrechte

27. Einhaltung und Beachtung der Mindesthonorar-Empfehlungen der IG Autorinnen Autoren
28. Beachtung des Musterverlagsvertrages zwischen dem österreichischen Verlegerverband und der IG Autorinnen Autoren

Soziale Lage

29. Erhebung des Standes der Wiener Ehrenpensionen und Maßnahmen gegen Altersarmut
30. Anerkennung der steuerbefreiten Einkommen bei der Berechnung der Wohnbeihilfe, entweder durch Entfall der Mindestverdienstgrenze für künstlerische Berufe oder durch Gleichbehandlung wie durch den KSFV-Fonds



Teilnehmer_innen

Patricio Canete		Referatsleiter Musik MA7 Wien
Elisabeth Flunger		Musikerin, Komponistin, Klangkünstlerin
Bernhard Günther		Künstlerischer Leiter Wien Modern
Klaus Haidl		Musiker, Veranstalter
Agnes Hvizdalek		Musikerin
Alexander Kukelka		Komponist, Österreichischer Komponistenbund
Thomas Lehn		Musiker
Sabine Reiter		geschäftsführende Direktorin mica – music austria
Daniel Riegler		Komponist, Musiker, künstlerischer Leiter Studio Dan
Miriam Schreinzer		Kulturmanagerin
Thomas Stempkowski		Musiker, Komponist

Stellvertretend für die freie Musikszene in Wien war die im Herbst 2017 gegründete *INITIATIVE FÜR EINE FREIE MUSIKSZENE WIEN* gemeinsam mit der Service- und Expertenorganisation *MICA – MUSIC AUSTRIA* und dem *ÖSTERREICHISCHEN KOMPONISTENBUND* auf dem Symposium anwesend.

Einleitung

Zeitgenössische Musik begegnet in Österreich vielen Hindernissen. Die Musikstadt Wien, die durch Kultur viele Touristen aus der ganzen Welt anlockt, scheint in dieser Hinsicht an der Klassik der Vergangenheit festzuhalten, während die zeitgenössische Musik verschiedener Genres, obwohl ebenso hochkarätig, vernachlässigt wird und in der Außendarstellung der Stadt kaum berücksichtigt wird.

Die Honorare freier MusikerInnen sinken - es fehlen klare Standards. Förderungen für freie MusikerInnen, sowie Ensembles und VeranstalterInnen des freien Bereichs sind im Vergleich zu den etablierten sehr mager. Fehlende Standards zur Kostenwahrheit führen zu unvorhersehbaren Förderentscheidungen und in weiterer Folge sehr oft zu Einsparungen bei den Honoraren der MusikerInnen. Langfristige Förderungen, die bessere Planbarkeit nicht nur für VeranstalterInnen und Ensembles, sondern auch für Musiker_innen ermöglichen, fehlen.

Inspirationsquelle Oslo

Der norwegische Fachverband der Musikschaaffenden hat sich zu einer spartenübergreifenden Interessensgemeinschaft aller Kunstschaaffenden entwickelt. Es gibt genre-unabhängige Mindesthonorarempfehlungen. Der Honorar-Richtwert für ein Konzert ist mindestens EUR 470,- pro MusikerIn, wobei von mindestens einem Tag Arbeit ausgegangen wird. Längerfristige Arbeitsverhältnisse orientieren sich an Kollektivverträgen und arbeiten mit Aufschlägen von mindestens 36,8% für selbständig Erwerbstätige in der Kalkulierung. Die Förderstruktur ist einfach, es gibt Jahresförderungen, Projektförderungen und Stipendien. Es gilt das Prinzip der Armlänge Abstand zwischen Kunst und Politik. An allen Entscheidungen müssen Fachleute beteiligt sein, die nicht direkt für die Politik arbeiten.

FORDERUNGEN der Initiative der freien Musikszene

1. Die Fördermittel für den freien Musikbereich in Wien müssen deutlich erhöht werden.
2. Die Musikförderinstrumente der Stadt brauchen eine Aktualisierung unter dialogischer Einbeziehung der breiten freien Wiener Musikszene in Richtung nachvollziehbarer, transparenter Entscheidungen sowie hin zur Entwicklung von differenzierten Zielen, die zu Qualität und Vielfalt bei der Vergabe führen.
3. Ein Entwicklungsplan für die freie Musikszene unter Einbeziehung der Entwicklung von Honorarstandards im geförderten Bereich sowie der Lösung des Raumproblems
4. In Anlehnung an den „Kollektivvertrag für Musiker ab 1. Mai 2017“ von Veranstalterverband und Younion sollte ein **empfohlener Stundensatz zwischen € 29.- und € 35.-** in der freien Szene eingeführt werden.
5. Zur Berechnung einer Honoraruntergrenze sollte mit einem Mindestzeitaufwand, der **nicht unter 10 Stunden für ein Konzert mit minimalem Aufwand** anzusetzen ist, gerechnet werden, um den Aufwand abseits der reinen Auftrittszeit zumindest ansatzweise zu berücksichtigen. Als Pauschale sollten dabei € 350 als Mindestgage im Rahmen eines Auftritts mit minimalem Aufwand gelten.
6. **Kompositionshonorare:** Als Stundenhonorempfehlung sollte für eine 10-minütige Komposition (zweistimmig) der Vergleich mit einer Arbeit von 40 Stunden in der Woche als realistisch gelten. Ein Mindesthonorar von € 1.500.- wird deshalb empfohlen. Pro weiteren 10 Minuten und zusätzlicher Stimme steigt das Honorar um € 500.- Die Texturdichte wäre ein weiterer Faktor, der zu berücksichtigen ist. Für ein abendfüllendes Werk wird ein Arbeitsaufwand von ca. 570 Stunden angenommen. Als Richtwert ergibt sich ein Honorar von ca. € 20.000.-. Gegebenenfalls finden Erhöhungen für Leihmaterialaufwände statt., im Falle von Wiederaufführungen sinkt das Honorar.

VORGEHEN

1. Erstellung eines Plans für das weitere Vorgehen zur Implementierung von Honorarrichtlinien im Fördersystem, in Absprache mit den Interessenvertretungen des Kulturbereichs und mit den Verantwortlichen der Politik und der MA7
2. Realistische, nachvollziehbare und angemessene Kalkulation bei Förderanträgen
3. Erweiterung des Förderantragsformulars mit Kalkulationsvorlagen, ähnlich wie im Theaterbereich geplant, zwecks Ermöglichung transparenter Kalkulationen vor allem von Honoraren sowie einer Bestätigung, dass ein Mindesthonorar gewährleistet ist
4. Analyse: Kalkulation des Mehrbedarfs im Förderbudget bei Anwendung der Honorarrichtlinien
5. Erhöhung des Budgets für Musikförderungen





Umwerfend: Julia Rublow, Sara Sternat und Xenia Lesniewski vom Club Fortuna



A Necessary, Concrete Utopia of Equality and Fair Pay

Eine notwendige, konkrete Utopie der Gleichberechtigung.

'You are an artist and that means: you don't do it for the money. That is what some people think. It is a great excuse not to pay for all the things you do. So, what happens is that you, as an artist, put money into projects that others will show in their museum, in their Kunsthalle, in their exhibition space, in their gallery. So, you are an investor. You give loans nobody will repay you. You take financial risks. You speculate on yourself as an artistic asset. You are a trader. You cannot pull all your money into one kind of artistic stock. So, you diversify your activities. You manage the risks you take. You would say it differently. I know. You say you suffer from a gentle schizophrenia. You have multiple personalities.' (Ina Wudtke-Dieter Lesage, *A Portrait of the Artist as a Worker (rmx.)*, 2006, quoted in *Kunst*, p. 134)

The symposium *Freie Szene, Freie Kunst. Soziale Gerechtigkeit. Fair Pay. Konkrete Strukturen und Ideen für Wien*, organized by the different IG's on the initiative of the Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Veronica Kaup-Hasler, started with two examples of individual stories. Both were Berlin-based artists, since the symposium focused on, amongst other things, best practices from Berlin in order to inspire the local Viennese context. Both had to diversify their artistic practice and the resulting forms of labor to the extreme in order to survive as described in the above quote from the film *A Portrait of the Artist as a Worker (rmx.)* Both were women, underlining that the call for fair pay of the Viennese independent art scene is similar and has been preceded by the ongoing feminist struggle for gender equality in the work place.

What was different to both stories and quite remarkable was that the work of Ina Wudtke dated already from 2006, more than 10 years ago, and well before the financial crisis of 2008. And the other one by the artist Helke Sanders, with which the Slovenian scholar Bojana Kunst started her key note speech, dated even from 1978. They both illustrate that the problems the symposium addresses are much older and more ingrained than we actually imagined.

Using the fictional documentary *Redupers Die Allseitig Reduzierte Persönlichkeit* (1978) by German artist Helke Sanders as an introduction, Bojana Kunst adequately proved that today's problems go far back: How our subjectivity has become more and more scattered or even schizophrenic (to use Wudtke's terminology); how the borders between labor and the private have been completely erased; how more and more people have to work and live in precarious conditions.

In the film, Helke Sanders performs her own alter ego, Edda, a young, independent, single mother, who in pursuing her ideals of living an 'emancipated good life' as an artist finds herself in the opposite - that is the exhausting struggle to survive the precarious conditions her life choice implies.

'It certainly means nothing good for the life of the protagonist Edda; the economic reality of self-employment, seen as emancipating to start with, seems to have a devastating effect upon her life. Edda is barely capable of fulfilling her numerous obligations; her daily life and relationships are disintegrating; she feels guilty and her working life is taking over every dimension of her being. (...) In the daily life of the artist and activist, the desire for political, feminist and cultural self-sufficiency becomes the exact opposite.' (Kunst, pp. 147-148)

Kunst not only creates a link between the past and the present but also underlines that these 'individual stories are a collective one' and that the 'personal is always political'. Wudtke's, Sanders's and our own feelings of incapacity are not individual problems. They are a structural, cultural and political problem because there is a lack of 'infrastructure' to support these alternative models of living, with 'infrastructure' not only being defined by the material and financial conditions but also through new, collective ways of gathering, collaborating and taking care.

SUMMARY SYMPOSIUM

The title of the second contribution by Yvonne Gimpel, director of IG Kultur Österreich, *Von der Utopie des Möglichen*, introduced the notion of utopia, which I am also using in the title of this article. She started her presentation with the question whether fair pay for artists really is a utopia, given the overall bad figures, not only in Austria but everywhere else in Europe. To make that utopia possible, or in the Blochian sense concrete, she introduced a vision in 10 steps, similar to the 11 Punkte programme (see also: www.koalition-der-freie-szene-berlin.de), that guided the developments in Berlin and that would be discussed later by several of the invited German guest speakers such as Thomas M. Stuck (Netzwerk freier Berliner Projekträume), Zoe Claire Miller (bbk – berliner bildende künstler_innen) and Janina Benduski (Bundesverband Freie Darstellende Künste Deutschland).

The latter gave a good overview of how Berlin's free scene successfully implemented the minimum salary standards and used this to negotiate a substantial increase in the overall budget. But she also admitted that it has been a long, still ongoing process of more than 10 years. And the first requirement to give this process a real chance was the collaboration and solidarity between all partners, across the borders of the individual disciplines and their specific issues.

The next day, the symposium was followed by a series of working groups in which the different IGs and disciplines tried to translate the previous insights to concrete action points. IG Freie Theater and performing arts took inspiration from the Berlin example. Their main priority at this moment is the recommendation for minimum salaries, which are automatically applied in the calculation model for the payment levels in the funding applications, which in turn will imply an increase in the overall funding budget to support this.

Benduski also introduced the principle of 1/3-2/3: Whenever you speak publicly or go into dialogue with politicians, talk a maximum 2/3 of the time about your own projects and issues and use at least 1/3 of your time to address the shared problems of the whole scene.

Having been part of the generation that created the support systems for the artists of the so-called Flemish wave from the 1980s onwards, I remember, we successfully used a similar principle, which Hugo De Greef, the founding director of Kaaitheater in Brussels, would describe as 'we always fight together to make the cake bigger, and only afterwards we discuss how to divide it'.

As the day went on, these two main principles were repeated time after time by different speakers:

1. It requires collaboration and solidarity between all partners, eventually even across the borders of the artistic community as such, into other communities and professions that have to work and live in similarly precarious conditions.

The artistic interventions that accompanied the discussions further highlighted the importance of collaboration and the collective. The female artist collective Club Fortuna worked the whole day in the foyer of Gartenbaukino to build a giant jenga tower, 'reaching higher and higher', and the Wiener Beschwerdechor showed a short video, *Krampfhaftes Grinsen*, where the emotions of the individual were magnified and supported by the group.

2. To make utopia possible, it will be a slow, long, one step at the time process, which the German philosopher Ernst Bloch adequately described as 'concrete utopia'. Not only has the reality got to change in the direction of the ideals we are striving for, but we also have to allow these ideals to be influenced by reality.

In a previous contribution to gift, the Flemish sociologist Pascal Gielen and I already described how the so-called 'civil sequence' of social change has to de-privatize the individual problems by making them public, sharing them and bringing them to a collective and structural level. 'Political activism can only be successful if it achieves structural change. Alternative social, political models must therefore be distributed and shared, and this requires a common space in which the effectiveness of alternative forms of self-organization can be demonstrated. (...) It is only when actions take place on a political and legislative level that sustainable reform may take place and social and economic problems can be addressed in a sustainable way.' (Cools, Gielen, 2018, p. 11)

Both the journey of this day, from the examples of Heike Elbers and Ina Wudtke to the round-up of Anna Mendelssohn and the final round table, and a similar, longer journey, from the creation of Wiener Perspektive in the summer of 2017 to this symposium, illustrate this process. They are all necessary steps to realize a 'concrete utopia' of equality and fair pay.

In her round up, Anna Mendelssohn, one of the most charismatic and successful performers of today's Viennese free scene, (re)mixed an associative string of quotes taken from the different contributions with her own, autobiographical stories. She acknowledged how she still recognizes herself in the figures of Helke Sanders and Ina Wudtke and how her own story still resembles that of her mother.

The gender inequality, the inequality between people in employment and with a freelance status, the inequality between people working in institutions of high culture and in the free scene, they all resemble each other in a way that people with equal education, equal skills and equal jobs receive substantial differences in payment and social security support. Would two teachers, who have an identical degree, the same years of experience and teach exactly the same courses to the same age groups of students, accept being paid different salaries, only based on how old the school buildings are in which they are teaching? It feels that the inequality in the arts is based on such random principles. And yet: the Viennese free scene itself is also more than 50 years old.

Guy Cools, Dramaturg

Vienna, April 2019

Post Script:

I could finish my report of the symposium here, but the final questions from the audience seemed to open another Pandora's box, which has been adequately described by David Graeber in *The Utopia of Rules* (2015): how the increasing bureaucratization has become completely dysfunctional and how this installs the status quo and prevents change. 'Bureaucratic knowledge is all about schematization. In practice, bureaucratic procedure invariably means ignoring all the subtleties of real social existence and reducing everything to preconceived mechanical or statistical formulae. Whether it's a matter of forms, rules, statistics, or questionnaires, it is always a matter of simplification.' (Graeber 2015, p. 75). The latter isn't only a problem of the arts scene but also of society at large. It was a reminder of Kunst's opening statement that the need for a supportive 'infrastructure' is not only a financial one.

Bibliography:

Cools, Guy and Pascal Gielen, Counteracting Movements. 'Precarious Labour and Civil Action in the Viennese Art Scene', in: *gift*, 03/2018, IG Freie Theaterarbeit.

Graeber, David, *The Utopia of Rules. On Technology, Stupidity and the Secret Joys of Bureaucracy*. Melville House, 2015.

Kunst, Bojana, *Artist at Work. Proximity of Art and Capitalism*, zero books, 2015.

IMPRESSUM

Redaktion

Christian Keller, Ulrike Kuner, Stephanie Schwarz

Layout & Bildredaktion

Lukas Schmid

Zusammenstellung

Interessengemeinschaft Freie Theaterarbeit

Gumpendorfer Straße 63B, A-1060 Wien

Tel: +43 (0)1/403 87 94

Fax: +43 (0)1/804 805 38-704

E-Mail: office@freietheater.at

Fotorechte

(c) eSeL.at - Lorenz Seidler,

Patrick Trotter

Datenstand

Juli 2019
